

Ochsenau: Erhitzte Gemüter im Plenum

Seniorenheim-Sanierung aus Eigenmitteln aktuell nicht finanzierbar – Kämmerei stellt Haushaltsplan der Heilig-Geistspitalstiftung ohne eingerechnete Grundstücksverkäufe vor

Von Franziska Hofmann

Triggerpunkt für schwere Anschuldigungen und für eine erneute Debatte zum Thema Ochsenau-Bebauung ist im Plenum am Freitag die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung der Heilig-Geistspitalstiftung gewesen. Wie berichtet, muss im kommenden Jahr das stiftungseigene Seniorenheim im Stadtzentrum dringend generalsaniert werden. Für die Finanzierung dieses Mammutprojekts in zweistelliger Millionenhöhe waren jahrelang die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen in der Ochsenau fest eingeplant. Dass ein Teil der Ochsenau bebaut werden soll, geht bekanntermaßen zurück auf eine Abmachung zwischen Stadt und Bund Naturschutz vor knapp 20 Jahren.

Diese Abmachung hat nun aus Sicht des Bund Naturschutz und des Landesbunds für Vogelschutz (LBV) keinen Bestand mehr, da in der Zwischenzeit auf dem Areal schützenswerte Tierarten und Erstfunde von Eiszeitrelikten nachgewiesen wurden. Die Naturschutzverbände wollen nun Klage gegen das Bauvorhaben in der Ochsenau einlegen (wir berichteten).

Finanzreferat: Bebauung sollte realisiert werden

Da durch die drohenden rechtlichen Schritte mindestens mit großen Verzögerungen für die Ochsenau-Bebauung zu rechnen wäre, stellte Kämmerer Klaus Peißinger am Freitag in der letzten Plenarsitzung des Jahres auf Wunsch des Stadtrats die Haushaltsplanungen für die Heilig-Geistspitalstiftung ohne Einberechnung der geplanten Erlöse aus den Ochsenau-Grundstücksverkäufen vor.

Die Kernaussage: Trotz Kombination diverser Finanzierungsalternativen reichen die Finanzmittel der Heilig-Geistspitalstiftung nach jetzigem Stand nicht aus, um die Generalsanierung ohne die Ochsenau-Einnahmen zu finanzieren. Die Baulandentwicklung in der Ochsenau sollte nach Ansicht des Finanzreferats daher „dringend realisiert werden“, so das Fazit des Kämmers. Auch wenn Oberbürgermeister



Die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen in der Ochsenau sind schon seit Jahren für die Generalsanierung des Seniorenheims der Heilig-Geistspitalstiftung eingeplant. Sollten diese aufgrund einer erfolgreichen Klage des LBV nicht kommen, wird sich das gravierend auf die Finanzlage der Stadt auswirken.

Foto: LZ-Archiv/Klaus Leidorf

Alexander Putz (parteilos) darauf hinwies, dass in dieser Sache am Freitag keinerlei Entscheidung gefällt werde, waren die Ausführungen Peißingers Anlass genug für SPD-Stadtrat Gerd Steinberger, harsche Kritik an seinem Stadtratskollegen Stefan Müller-Kroehling (ÖDP) zu üben.

Müller-Kroehling hatte sich bereits vor seiner Zeit im Stadtrat für den Naturwissenschaftlichen Verein bei der Untersuchung der Ochsenau eingesetzt und unter anderem auch Beschwerde gegen die Bebauung eingelegt: „Unverantwortlich und unverständlich“ sei für ihn, dass sich Stadträte an Entwicklungen beteiligen, die für die Stadt einen großen Schaden bedeuten könnten, so Steinberger. Freie Wähler-Stadtrat Klaus Pauli ging sogar noch weiter und warf Müller-Kroehling vor, „keinen Respekt vor Senioren“ zu haben und mit Beratungen des Bund Naturschutz gegen den Amtseid zu verstoßen.

Der ÖDP-Stadtrat zeigte sich im Nachgang der Sitzung gegenüber unserer Redaktion „sehr verletzt“ und wies derlei Anschuldigungen zurück. Während der Sitzung äußerte Müller-Kroehling sein Ver-

ständnis darüber, dass die alternative Finanzierung der Generalsanierung „für die Kämmerei ein dickes Brett zu bohren“ sei, wehrte sich aber gegen die Vorwürfe seiner Stadtratskollegen. Dass er die Bebauung der Ochsenau für grob rechtswidrig halte, habe er bei jeder betreffenden Sitzung der letzten Jahre klar geäußert. „Wir reißen ja auch nicht einfach ein Seitenschiff von St. Martin ab oder bauen in den Innenhof der Trausnitz.“ Mit der Klage und dem Bund Naturschutz habe er nichts zu tun, stehe aber zu seinem Engagement in dieser Sache.

„Wir bauen ja auch nicht in den Burginnenhof“

Die Schärfe der Wortmeldungen am Freitag konnten sowohl Stefan Gruber (Grüne), als auch Helmut Radlmeier (CSU/LM/JL/BfL) nicht nachvollziehen: „Schlagen wir uns doch die Köpfe ein, wenn es soweit ist“, schlug Gruber vor. Eine Grundsatzdiskussion sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zielführend (Radlmeier).

Zustimmung gerade aus dem Grünen- und ÖDP-Lager erntete Freie Wähler-Stadtrat Ludwig Graf



Stefan Müller-Kroehling (ÖDP)

Foto: LZ-Archiv

für seine Aussage, man solle die Ochsenau nicht immer fälschlicherweise verantwortlich für die Finanzierung des Landshuter Haushaltes und der Altenheime machen. „In Deutschland und Bayern gibt es viele Altenheime, aber nicht alle Städte haben eine Ochsenau.“

Nach aufgeheizter Debatte fiel die formale Entscheidung, den Entwurf der Haushaltssatzung der Heilig-Geistspitalstiftung anzunehmen, schlussendlich fast unspektakulär einstimmig.